



Arbeitslosigkeit steigt immer weiter an (31.03.2023)

Die aktuellen Zahlen für den Monat März zeigen, dass in Ostthüringen die Zahl der Arbeitslosen um 3.771 gestiegen ist. Stephan Brandner, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter in Ostthüringen fordert endlich ein konsequentes Handeln aller Beteiligten, um die Arbeitslosenquote von 6,5 % schnellstmöglich zu senken.

"Es geht auf Dauer nicht, dass die Sozialkosten weiter explodieren. Während wir Fachkräftemangel haben, steigt die Zahl der Arbeitslosen immer weiter, trotz und wegen der immensen Einwanderung. Als AfD wollen wir nicht die Arbeitslosigkeit verwalten, sondern stehen für Fordern und Fördern. Wir wollen und müssen die Menschen in Arbeit vermitteln und so nicht nur dafür sorgen, dass diese ein sinnstiftendes Leben führen können, sondern auch die Sozialkassen entlasten."

AfD

Arbeitslosigkeit in Ostthüringen steigt leider weiter!

STEPHAN BRANDNER

Ihr Abgeordneter für Gera - Greiz - Altenburger Land

UNSER LAND ZUERST!



Kein Orden für Merkel - sie hat Deutschland als Scherbenhaufen hinterlassen! (28.03.2023)

Kein Orden für Merkel - sie hat Deutschland als Scherbenhaufen hinterlassen!

Wie Medien berichten, wird Bundespräsident Steinmeier nach Informationen des „Stern“ der Ex-Kanzlerin Merkel am 17. April die höchstmögliche Auszeichnung des Deutschlands, das „Großkreuz in besonderer Ausfertigung“ verleihen, das vor ihr nur Konrad Adenauer (1954) und Helmut Kohl (1998) erhielten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, betont, dass Angela Merkel enormen Schaden für Deutschland gebracht habe und eher bestraft als geehrt gehört.

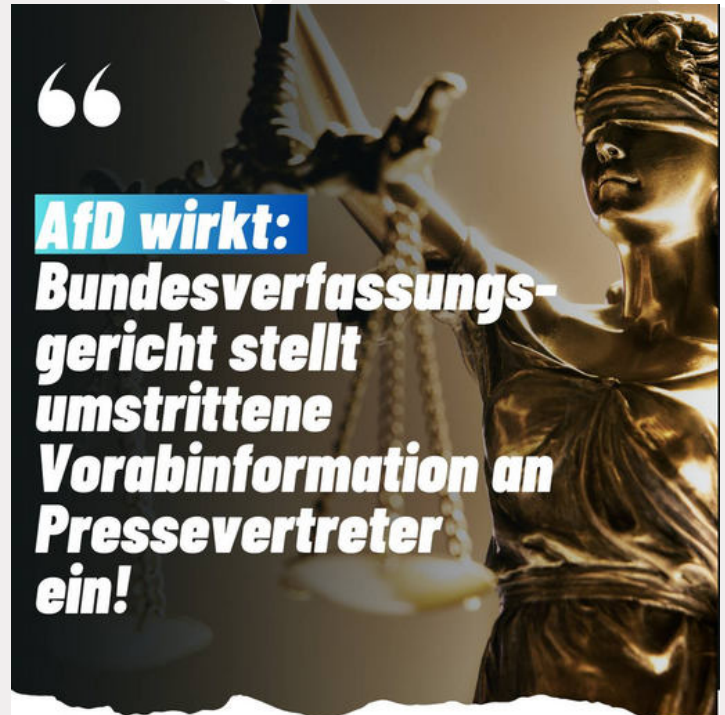
„Egal ob das kolossale Versagen in der Flüchtlingskrise, der Ausstieg aus der Kernenergie oder die sogenannte Eurorettung: Merkel hat Deutschland ruiniert und als Scherbenhaufen hinterlassen. Ihre katastrophale Politik wird Deutschland noch Jahrzehnte und mehrere Generationen sehr belasten - ihre durch nichts zu rechtfertigenden Fehlentscheidungen sind mit nichts zu entschuldigen. Dass nun gerade der höchst umstrittene Steinmeier, der wohl schlechteste deutsche Bundespräsident mit Hang zu linksextremistischem Liedgut, Merkel diesen Orden verleiht, spricht Bände und gegen solche Auszeichnungen grundsätzlich.“



Kein Orden für Merkel - sie hat Deutschland als Scherbenhaufen hinterlassen!



Ihr Abgeordneter für Gera - Greiz - Altenburger Land



AfD wirkt: Bundesverfassungsgericht stellt umstrittene Vorabinformation an Pressevertreter ein!



Ihr Abgeordneter für Gera - Greiz - Altenburger Land

AfD wirkt: Bundesverfassungsgericht stellt umstrittene Vorabinformation an ausgewählte Pressevertreter vorerst ein! (28.03.2023)

Seit vielen Jahren stellt das Bundesverfassungsgericht ausgewählten Journalisten des privaten Vereins „Justizpressekonferenz Karlsruhe e. V.“ vorab Pressemitteilungen zu bevorstehenden Entscheidungen zur Verfügung, was durch Recherchen des Tagesspiegel öffentlich wurde. Die AfD hatte gegen diese Praxis Klage eingereicht, allerdings zunächst erfolglos. Nun gibt das Bundesverfassungsgericht bekannt, dass es diese Praxis zumindest vorläufig nicht mehr anwenden wird.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, zeigt auf, dass sich offenbar die Ansicht der AfD auch in diesem Bereich durchgesetzt habe.

„Für uns steht außer Frage, dass die Informationspraxis an bestimmte dem Bundesverfassungsgericht genehme Medien nicht nur unverschämt, sondern auch rechtlich unhaltbar war und ist. Umso erstaunlicher, dass das Bundesverfassungsgericht sich in unserem Klageverfahren mit fragwürdigen Argumentationen verteidigte und nun exakt das tut, was wir verlangten. Im Ergebnis ist das aber gut für den Rechtsstaat, war es doch nicht nur so, dass die Prozessbeteiligten keinen Einblick in die Entscheidung und die Begründung erhalten hatten, nein, auch erhielten nur ausgesuchte Medienvertreter Zugang. Willkürliche Öffentlichkeitsarbeit, der zudem das Geschmäckle anheftete, sich einzelne Medien gewogen zu halten oder zu machen. Gut, dass das nun ein Ende hat, hoffentlich für immer. AfD wirkte auch hier für den Rechtsstaat.“

AfD-Einzelfallticker macht wahres Ausmaß von Migrantenkriminalität sichtbar (29.03.2023)

Ob „Angriff auf Helfer: Jugendliche attackieren 33-Jährigen“, „Mann (33) hilft Frau und wird selbst zum Opfer“ oder „Flüchtling soll 11-jährigen Jungen in Kinder- und Jugendeinrichtung vergewaltigt haben“ – hinter solchen oder ähnlichen Überschriften zahlloser Meldungen auf dem www.afd.de/einzelfallticker/ steht die Verrohung der Gesellschaft. Mitverantwortlich sind Migranten aus aller Herren Länder. Mit dem Einzelfallticker will die AfD zeigen, dass das wahre Ausmaß der Zunahme von Gewaltdelikten durch Migranten erst mit einem Blick auf den Einzelfallticker sichtbar wird.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kommentiert den AfD-Einzelfallticker wie folgt:

„Mit dem Einzelfallticker übernimmt die AfD die Rolle des objektiven Aufklärers, nachdem die eigentlich dafür zuständigen Medien dazu überwiegend schweigen oder verschleiern. Die einzelne Lokalzeitung berichtet zwar über die Messerattacke oder Gruppenvergewaltigung in ihrem Verbreitungsgebiet, verklausuliert aber das Profil des Täters dahingehend, dass völlig unklar bleibt, woher der Täter stammt oder ob er gegebenenfalls längst hätte abgeschoben werden müssen, weil er sich illegal im Land aufhält. Die Bürger wollen wissen, woher der Täter kommt und aus welchem sozialem Umfeld er stammt. Denn wer die Profile der Täter kennt, der sieht, dass mit der ungesteuerten Migration von Millionen Menschen aus oftmals archaisch strukturierten Gesellschaften oder aus Krisen- und Kriegsgebieten eben auch Menschen zu uns kommen, für die Gewalt zum alltäglichen Leben einfach dazu gehört. Mit dem Einzelfallticker zeigen wir, dass es eben doch eine Zunahme von Messerattacken, Vergewaltigungen und anderer schwerer Straftaten von Migranten in Deutschland gibt. Wir wollen mit dem Ticker die Bundesregierung auffordern, dass es mit der ungesteuerten Migration so nicht weitergehen kann. Herr Scholz und Frau Faeser müssen zu einem Migrationsgipfel zusammenkommen und endlich Gegenmaßnahmen beschließen.“



#BRANDNERFRAGTNACH

**Entwicklung des Twitter-Accounts der
Bundesinnenministerin**

Schriftliche Frage: Drs. 2/239

<https://www.brandner-im-bundestag.de/anfragen/schriftliche-frage-3239-maerz-2023.html>



**Beteiligung von Ministern an
Karnevalsveranstaltungen**
Schriftliche Frage: Drs. 2/356
<https://www.brandner-im-bundestag.de/anfragen/schriftliche-frage-2356-februar-2023.html>

Aktuelle Videos

HAMPEL-AMPEL!

5 Fragen - 5 Antworten

Folge 211



DAS GEHAMPEL IN DER AMPEL HAT SYSTEM



**Das Gehampel in der Ampel hat
System!**
(Rede im Bundestag)

Getroffene Politiker Brüllen!
(Rede im Bundestag)

GETROFFENE POLITIKER BRÜLLEN!

Getroffene Hunde bellen!



**STEPHAN
BRANDNER**

5

Aktuelle Videos

Abgeordnete leben wie die Made im Speck



Aktueller Podcast



Verfassungswidriges Verfassungsgericht!
BRAND(NER) AKTUELL
Folge 1



STEPHAN
BRANDNER

6

Wochenrückblick aus Berlin

Mittwoch, 29. März 2023

Befragung der Bundesregierung (Bundeskanzler)

„Unser Land braucht mehr Tempo.“ Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hob in der Regierungsbefragung des Bundestages auf die Beschleunigung von Verfahren ab. Die Regierung habe sich vorgenommen, das Land zu modernisieren und dafür zu sorgen, dass „Dinge schneller funktionieren als in den letzten Jahrzehnten“. Die notwendigen Entscheidungen seien vorbereitet worden, um Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Energienetze und Energieerzeugungsanlagen voranzubringen und den Klimawandel aufzuhalten. Scholz nannte das Ziel, dass bis 2030 15 Millionen Fahrzeuge elektrisch fahren. Marc Bernhard (AfD) wollte wissen, was sich für die Öl- und Gasheizungsbesitzer konkret ändere. Der Kanzler unterstrich, dass das Land 2045 klimaneutral sein wolle. Für die Betroffenen gebe es eine unbürokratische Regelung, bei der viele Kombinationen möglich seien.

Oppositionsanträge zu Ausreisepflichten im Asylrecht überwiesen

Der Bundestag hat zwei Oppositionsanträge zum Asylrecht beraten. Die Vorlagen der Unionsfraktion mit dem Titel „Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen“ (20/6173) und der AfD-Fraktion mit dem Titel „Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten“ (20/6184) überwies das Parlament nach der Aussprache an den federführenden Ausschuss für Inneres und Heimat. Die AfD-Fraktion fordert, dass die Bundesregierung gegenüber Herkunftsstaaten ausreisepflichtiger Ausländer, die bei der Rücknahme ihrer Staatsbürger nicht oder nur unzureichend kooperieren, Maßnahmen im Bereich der Visavergabe, der Handelspolitik, des Technologietransfers und der Entwicklungszusammenarbeit „konzertiert“ einsetzen soll. Auch will die Fraktion die Bürger von dauerhaft unkooperativen Herkunftsstaaten von der Möglichkeit ausgeschlossen sehen, zum Studium oder zwecks Ausbildung beziehungsweise Arbeitsaufnahme nach Deutschland zu kommen. Positive Anreize wie eine erleichterte Visavergabe soll die Bundesregierung dem Antrag zufolge erst dann gewähren, wenn ein Herkunftsstaat zuvor über einen relevanten Zeitraum bei der Rücknahme der eigenen Staatsbürger kooperiert hat.

Donnerstag, 30. März

Ansprache Seiner Majestät König Charles III. vor dem Deutschen Bundestag

Charles III., König des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, hat in einer Ansprache vor dem Deutschen Bundestag „das Bekenntnis zur Freundschaft unserer Länder“ erneuert und deren starke Partnerschaft gewürdigt. Gemeinsam gelte es, wachsam gegenüber Bedrohungen unserer Werte zu sein sowie entschlossen, diesen resolut entgegenzutreten. „Es gibt kaum einen besseren Ort dafür als dieses Gebäude, dessen Steine die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts erzählen“, sagte er auf seiner ersten Auslandsreise als König vor dem Plenum im Reichstagsgebäude. Denn das Gebäude selbst demonstriere nach dem Reichstagsbrand im Jahr 1933, seiner schweren Beschädigung im Jahr 1945 sowie nach dem Umbau in den 90er Jahren durch einen britischen Architekten zum Parlament des wiedervereinigten demokratischen Deutschlands, was beide Länder verbinde. „Die ikonische Glaskuppel ist ein Symbol für die Transparenz und Rechenschaftspflicht der parlamentarischen Demokratie. Von hier aus können die Bürgerinnen und Bürger ihren Politikern tatsächlich bei der Arbeit zusehen“, sagte Charles III.

Das sei gelebte Demokratie.



STEPHAN
BRANDNER

7

Antrag „zur Bekämpfung schwerer Kinderkriminalität“

Die Abgeordneten des Bundestages haben erstmals einen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion „zur besseren Bekämpfung von schwerer Kinderkriminalität“ (20/6194) beraten.

Nach mehreren Fällen von Kindergewalt fordert die AfD-Fraktion eine Verschärfung des Strafrechts. Das Problem der Kinderdelinquenz sei durch den aktuellen Fall der 12-jährigen Schülerin Luise aus Nordrhein-Westfalen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, heißt es in dem Gesetzentwurf der Fraktion. Laut der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) seien 2021 insgesamt 223.614 Straftäter jünger als 18 Jahre alt gewesen. Die Zahl der Täter bis 14 Jahre sei um 9,7 Prozent auf 68.700 gestiegen. Gemäß § 19 Strafgesetzbuch (StGB) seit schuldunfähig, wer bei Begehung der Tat noch nicht vierzehn Jahre alt ist. Die Frage, ob eine Person im Einzelfall doch schuldfähig sein könnte, werde im deutschen Recht nicht gestellt. Die Abgeordneten fordern in dem Gesetzentwurf, die Altersgrenze für die Strafmündigkeit auf zwölf Jahre zu senken. Gleichzeitig solle der Staatsanwaltschaft das Recht eingeräumt werden, beim Familiengericht die Unterbringung eines Kindes zu beantragen. Dadurch könne künftig angemessen auf Straftaten von Kindern unter zwölf Jahren reagiert werden.

Freitag, 31. März 2023

Bundestag beschließt Änderung der Energiepreisbremsen

Der Bundestag hat eine Änderung der Energiepreisbremsen (20/5994) beschlossen. Den Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nahm das Parlament mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU an. Linke und AfD votierten gegen die Vorlage.

Die am 24. Dezember 2022 in Kraft getretenen Gesetze zur Einführung einer Strompreisbremse (StromPBG) und zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme (EWPBG) sehen eine Prüfbehörde vor, der verschiedene Aufgaben im Rahmen des Gesetzesvollzugs obliegen. Dazu gehören unter anderem die Überwachung der Einhaltung der beihilferechtlichen Vorgaben. Angesichts der umfangreichen und komplexen Aufgaben, die die Prüfbehörde im Rahmen des Gesetzesvollzugs übernehmen soll, planen die Koalitionsfraktionen mit ihrem Gesetzentwurf den Kreis der für die Aufgabenwahrnehmung infrage kommenden Personen oder Institutionen um juristische Personen des Privatrechts zu erweitern. Dies erscheine für den sehr zeitkritischen Vollzug des StromPBG und des EWPBG sachgerecht und erforderlich.

Weiterbetrieb von Kernkraftwerken im nächsten Winter

Der Bundestag berät erstmals über einen Entwurf für ein 20. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (20/6189) sowie über einen Antrag mit dem Titel „Beschaffung neuer Brennelemente für die noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke – Sicherstellung des Betriebs der Kernkraftwerke im Winter 2023/2024“ (20/6190).

Beide Vorlagen hat die AfD-Fraktion vorgelegt.

Die AfD-Fraktion stemmt sich gegen den Atomausstieg. Mit einem Gesetzentwurf (20/6189) zur Änderung des Atomgesetzes will sie die rechtliche Grundlage für den Weiterbetrieb der drei letzten noch laufenden Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland schaffen. Auch die Ende 2021 vom Netz genommenen Atomkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen sollen nach dem Willen der AfD wieder reaktiviert werden. Konkret sieht der Entwurf eine „entschädigungsbewehrte Laufzeitzusage“ von zehn Jahren für alle AKW vor. Die aktuell noch aktiven Meiler Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 sollten ursprünglich am 31. Dezember 2022 heruntergefahren werden. Aufgrund der Energiekrise hatte der Bundestag im November beschlossen, die Laufzeiten der drei AKW im Streckbetrieb befristet bis längstens 15. April 2023 zu verlängern. Die AfD-Fraktion will den Betrieb der drei noch aktiven Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland über den kommenden Winter verlängern. In einem Antrag (20/6190) fordert sie die Bundesregierung auf, zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung gemeinsam mit den Ländern eine Betriebsverlängerung für die AKW Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 über den Winter 2023 / 2024 vorzubereiten. Die Betreiber bräuchten sofortig eindeutige und verbindliche Zusagen, um „vorsorglich“ Brennstoff zu beschaffen sowie Personal und Technik „mit Gewährleistung des Bundes“ bereitzustellen.



**STEPHAN
BRANDNER**

Kommende Termine

Vortragsabend

Thema:
**Gendersprache -
harmloser Unsinn oder
steckt mehr dahinter?**

18:00 Uhr

Wahlkreisbüro
Stephan Brandner,
Rudolf-Diener-Str. 21, Gera



Regine Stephan

Stephan Brandner



Bürgerstammtisch

18:00 Uhr

AfD-Wahlkreisbüro,
Kesselgasse 25,
Altenburg

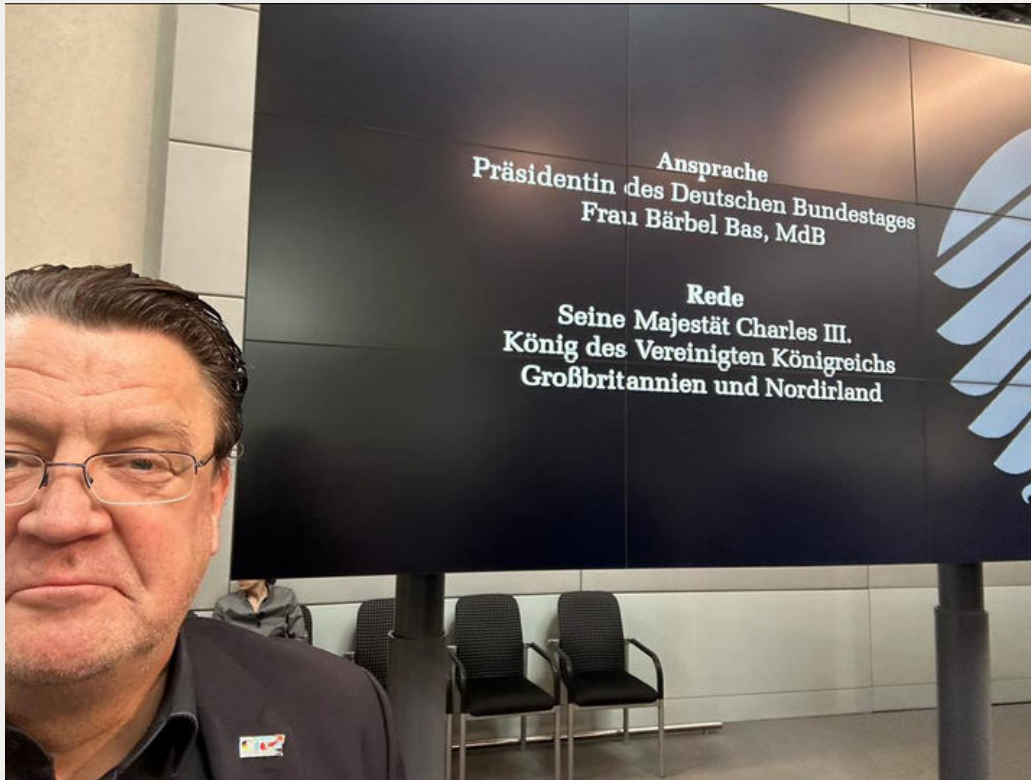
Thema:
**Verbote, Ideologie,
Enteignung -
Aktuelle Politik der
Bundesregierung**



Stephan Brandner



#BRANDNERIMBUNDESTAG



30.03.2023
Seine Majestät König
Charles III. spricht
vor dem Deutschen
Bundestag und ich
bin dabei!



30.03.2023
Im Plenum in Berlin.
Danach folgt die
Ansprache Seiner
Majestät König
Charles III. vor dem
Deutschen Bundestag



STEPHAN
BRANDNER

10

EINLADUNG IN DAS POLITISCHE BERLIN

6.6.-8.6.2023

**ANMELDUNG UND ALLE INFORMATIONEN
UNTER HG@BRANDNER-IM-BUNDESTAG.DE**



**STEPHAN
BRANDNER**



**Für die Bürger aus meinen Wahlkreis 194.
Fragen rund um die Bundespressefahrt beantwortet Ihnen gerne mein Mitarbeiter Heiko Gluth.**



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mi: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner

Sie haben Fragen an mich?

Schnell über
www.abgeordnetenwatch.de
stellen und auch andere davon
profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de



Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin



**STEPHAN
BRANDNER**

12